

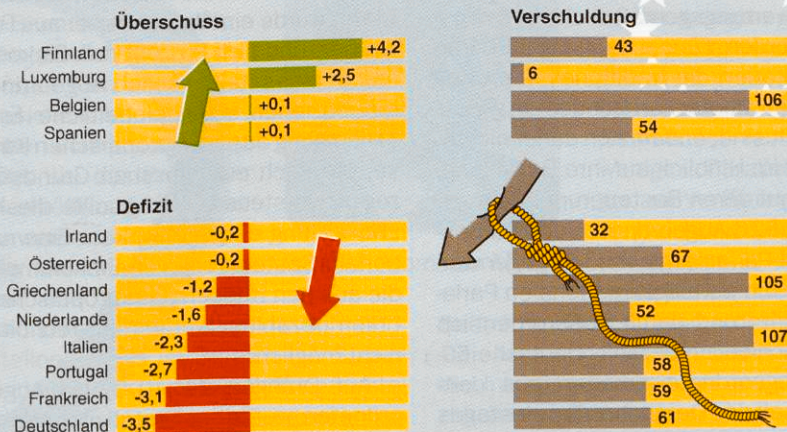
UNION IN EUROPA

CDU/CSU-Gruppe
im Europäischen Parlament

Nummer 15 · 23. Oktober 2003 · www.cdu-csu-ep.de

Schuldenwirtschaft in der Eurozone

Überschuss (+) oder Defizit (-) des Staates
sowie Schuldenstand in % des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2002



Quelle: Eurostat

© Globus



Bundesregierung gefährdet Stabilität des Euro

„Ein stabiler Euro erfordert Haushaltsdisziplin von allen Mitgliedern der Eurozone“, erklärte der CDU-Wirtschaftspolitiker Werner Langen angesichts der wachsenden deutschen und französischen Haushaltsdefizite. Die Bundesregierung müsse schnellstens die eingegangenen Verpflichtungen des Stabilitätspaktes erfüllen und die Defizitgrenze von 3 Prozent einhalten. Auf Dauer sei sonst die Stabilität des Euro gefährdet, so Langen.

Inhalt

Europäisches
Abgeordnetenstatut
Seite 2

Peter M. Mombaur:
Energieversorgung
Seite 3

Godelieve
Quisthoudt-Rowohl:
Transatlantische
Beziehungen
Seite 5

EUROPÄISCHES ABGEORDNETENSTATUT:

CDU/CSU-Europaabgeordnete wollen weiterhin den Bundestagabgeordneten gleichgestellt bleiben

Das Statut für Europaabgeordnete ist beim letzten Brüsseler EU-Gipfel erwartungsgemäß nicht beschlossen worden. Für die deutschen EU-Parlamentarier, die traditionell ihren Kollegen im Deutschen Bundestag gleichgestellt sind, ändert sich daher nichts, weder im Hinblick auf ihre Bezahlung, noch auf deren Besteuerung.

Die 626 Abgeordneten des Europäischen Parlaments werden gegenwärtig wie die jeweiligen nationalen Parlamentarier und damit außerordentlich unterschiedlich bezahlt. Deutsche Europaabgeordnete erhalten aus dem Haushalt des Deutschen Bundestages monatlich exakt die gleiche Entschädigung wie ihre Kollegen im Bundestag. Dieses Einkommen versteuern die deutschen Europaabgeordnete wie alle Bürger bei ihrem örtlichen Finanzamt.

Der Amsterdamer Vertrag verpflichtet das Europäische Parlament, ein Abgeordnetenstatut vorzulegen. Damit sollten erstmals seit der Direktwahl des Europäischen Parlaments im Jahre 1979 Rechte, Pflichten und Bezahlung der europäischen Parlamentarier einheitlich festgelegt werden. Nur so kann vermieden werden, dass es insbesondere nach der Erweiterung Abge-

ordnete erster, zweiter und dritter Klasse gibt. Denn ohne ein einheitliches Statut würde ein Abgeordneter aus Polen nur rund fünf Prozent des Einkommens eines italienischen Abgeordneten beziehen. Eine einheitliche Entschädigung aus der europäischen Kasse, die nach europäischen Grundsätzen zu versteuern wäre, sollte dieser Entwicklung entgegenwirken. Eine nationale Besteuerung von Einkommen, die aus den Kassen der Europäischen Union bezahlten werden, ist rechtlich nicht möglich.

Auf Drängen der CDU/CSU-Abgeordneten wurde im Statut eine Wahlmöglichkeit verankert, nach der sich die deutschen Abgeordneten dafür entscheiden können, weiterhin finanziell und steuerlich wie Bundestagsabgeordnete behandelt zu werden. Noch besser wäre es, wenn die Regierungskonferenz im Verfassungsvertrag eine Rechtsgrundlage für die nationale Besteuerung europäischer Abgeordneter schüfe. Dann wäre gewährleistet, was die CDU/CSU-Europaparlamentarier wollen: Den Bundestagsabgeordneten gleichgestellt bleiben.

PETER MICHAEL MOMBAUR:

Stromausfälle auch in Deutschland?

KONZEPTIONSLOSE ENERGIEPOLITIK DER BUNDESREGIERUNG
GEFÄHRDET VERSORUNGSSICHERHEIT IN DEUTSCHLAND

Als im August der Strom an der Ostküste Nordamerikas und wenig später auch in Skandinavien und Italien ausfiel, waren die Bürger hierzulande verunsichert. Vor der übereilten Schlussfolgerung, dies sei der Preis der Marktöffnung, ist aber zu warnen. Ein Blick auf die Ursachen der Pannen im Osten der USA und in Italien zeigt, dass die Schwachstellen jeweils im Bereich der Stromnetze lagen. Dass die Leitungssysteme (vielfach Überlandleitungen) in den USA marode sind und in Italien immerhin unter dem europäischen Standard liegen, war schon länger bekannt. Hier traten jetzt die Probleme eines Investitionsstaus auf, der aus der Zeit der abgeschotteten Monopole herrührt. Eine vergleichbare Vernachlässigung der Netze hat es in Deutschland nicht gegeben, so dass der Ausfall einer einzelnen Leitung hierzulande besser kompensiert werden könnte.

Zudem herrscht jenseits der Alpen ein schwerwiegender Mangel an Kraftwerken weshalb Italien in erheblichem Umfang auf Stromimporte angewiesen ist. Die internationalen Netzverbindun-



Peter M. Mombaur MdEP

gen sind aber nach wie vor ein Schwachpunkt im europäischen Stromverbund. Bricht hier eine der wenigen grenzüberschreitenden Leitungen zusammen, so stehen zum Auffangen der Stromflüsse nur relativ wenige Parallelleitungen zur Verfügung. Eine vergleichbare Importabhängigkeit mit den beschriebenen Gefahren

besteht in Deutschland jedoch nicht. Der heimische Kraftwerkspark kann die Inlandsnachfrage bei uns zur Zeit durchaus befriedigen.

Allerdings sind, damit unsere Stromversorgung auch in Zukunft sicher bleibt, zwei Dinge zu tun: Zum einen muss der Verbundgrad des grenzüberschreitenden Netzsystems in der EU deutlich erhöht werden. Hierfür haben wir auf europäischer Ebene den geeigneten Ordnungsrahmen geschaffen: Die gerade verabschiedete Binnenmarktgesetzgebung im Bereich Strom sieht vor, dass Neu- und Ausbauten von transnationalen Stromnetzen von den strengen Regulierungsvorschriften ausgenommen werden können, die ansonsten für die Netze gelten. Dies sollte helfen, auch risikoreichere Investitionsent-

scheidungen zu ermöglichen. Außerdem stehen im Rahmen des Programms der Transeuropäischen Netze Fördergelder für strategisch besonders wichtige Leitungen zur Verfügung, die bis zu 20% der Gesamtkosten betragen können. Als zweites muss auch die nationale Energiepolitik darauf achten, dass im eigenen Land eine angemessene Erzeugungskapazität installiert bleibt. Die Bundesregierung tut das Gegenteil: Obwohl bis 2020 ca. 40.000 MW ersetzt werden müssen (das entspricht einem Drittel des Kraftwerksparks) hält sie am „Atomausstieg“ fest. Die Windkraft wird zur Netzsicherheit übrigens nicht beitragen: Da sie nur sehr unregelmäßig zur Verfügung steht, müssen die verursachten Schwankungen durch konventionelle Kraftwerke ausgeglichen werden. Was bei einem noch überschaubaren Anteil am Gesamtverbrauch unproblematisch ist, könnte bei einem

massiven Ausbau der Windkraft zu einem schwer beherrschbaren Risikofaktor werden. Es wäre also verfehlt, die letzten Krisensituationen als logische Folge der Marktöffnung zu sehen. Im Gegenteil: In einem echten EU-Binnenmarkt, in dem Leitungseingänge beseitigt sind, wird die Stromversorgung nicht nur preisgünstiger, sondern auch sicherer sein als zu Monopolzeiten. Wenn die Bundesregierung an ihrer konzeptionslosen Energiepolitik festhält und weiter russisches Roulette spielt, etwa mit ihrem nationalen „Ausstieg“ aus der Kernkraft ohne irgendwelche Sicherung der Grundlast-Produktion, könnte die Versorgungssicherheit auch in Deutschland in Gefahr geraten.

Dr. Peter Michael Mombaur (CDU Nordrhein-Westfalen) ist stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie des Europäischen Parlaments.

Personalien

Der CDU-Bundesvorstand hat den Fraktionsvorsitzenden der Europäischen Volkspartei (EVP), Prof. Dr. **Hans-Gert Pöttering**, zum Spitzenkandidaten für die Europawahlen im Juni 2004 nominiert. Er werde sich mit aller Kraft dafür einsetzen, dass die EVP an ihren Wahlerfolg von 1999 anknüpfe, erklärte Pöttering. Die CDU stelle „die Mitte der EVP“ dar und werde auch weiterhin ein „Anwalt des Stabilitätspaktes“ sein. Zudem müsse die Reform der Europäischen Union weiter vorangetrieben werden, sagte Pöttering. „Die Partei der Einheit Deutschlands ist auch die Partei der europäischen Einigung.“

Pöttering ist seit 1979 Abgeordneter im Europäischen Parlament. Vor vier Jahren wurde der CDU-Politiker zum Vorsitzenden der EVP-Fraktion gewählt und trat damit die Nachfolge des früheren belgischen Premierministers Wilfried Martens an. Die EVP stellt mit 232 Abgeordneten aus 15 Mitgliedsländern die weitaus größte Fraktion im Europäischen Parlament dar.

Die Europaabgeordnete **Emilia Müller** (CSU) wurde am 14. Oktober 2003 zur Staatssekretärin im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz ernannt. Dadurch wurde sie gleichzeitig Mitglied des bayerischen Kabinetts.

GODELIEVE QUISTHOUDT-ROWOHL:

Transatlantische Beziehungen vor neuen Aufgaben

ÜBER EUROPAS PARTNERSCHAFT MIT DEN VEREINIGTEN STAATEN

Wohlstand und Friedenssicherung nach dem 2. Weltkrieg haben einen wesentlichen Garanten: Die Vereinigten Staaten. Noch vor wenigen Jahren war diese Erkenntnis außerhalb jeder Diskussion. Die Grundfesten der transatlantischen Beziehungen standen in der Europäischen Union nicht zur Debatte. In einzelnen wenigen Fragen wich sicherlich manche europäische Haltung von der amerikanischen ab – davon unberührt blieb eine wichtige Einsicht: Die USA sind unser wichtigster Partner in der Welt.

Auch heute glaubt niemand ernsthaft etwas anderes. Aber partnerschaftliche Beziehungen leben auch von Gesten: Von kleinen wie von großen. Die Katastrophe vom 11. September 2001 hat die Solidarität der Welt und im besonderen der Europäer auf den Plan gerufen. Die Trümmer der Zwillingsstürme und die Tausenden Opfer der Anschläge sind uns allen noch in schmerzlicher Erinnerung. Ebenso schmerzlich erinnern wir uns an die Bilder vom Krieg im Irak. Hier haben Politik und Diplomatie versagt. Ein fataler Fehler, wer dieses Versagen und den Verlust der Ordnungs-



G. Quisthoudt-Rowohl MdEP

macht der Vereinten Nationen der angloamerikanischen Koalition zuzuschreiben sucht.

Sowohl Paris als auch Berlin wissen heute, dass medienwirksame Gesten nicht wirklich politische und diplomatische Strategie ersetzen können. Nicht dass keinerlei Zweifel an Analyse und Konzept der US-amerikanischen Irakpolitik begrün-

den. Aber der Versuch eines Sonderweges hat die Schwäche Europas offenbart: Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU hat noch kein Rückgrat. Versuche einer gemeinsamen Linie bleiben im Konfliktfall immer in den Anfängen stecken und Europa dividiert sich allzu schnell wieder in temporäre Interessengruppen auseinander. Bereits die Kriege auf dem Balkan haben dieses traurige Phänomen offenbart. Auch hier wurde die USA als ordnungsstiftender Faktor dringend gebraucht.

Aber die USA sind nach der Überwindung der bipolaren Weltordnung immer weniger in der Lage der Rolle als alleinige Ordnungsmacht gerecht zu werden. Weltweite Krisenherde sind zu zahlreich, die Ursachen zu unterschiedlich und die denkbaren Strategien zu komplex. Die

Vereinigten Staaten brauchen also einen starken und verantwortungsbewussten Partner diesseits des Atlantik. Europas wirtschaftliche Stärke ist unbestritten, aber der Mangel an politischem Verantwortungsbewusstsein tritt deutlich zu Tage. Für einen europäischen Außenminister, wie ihn der Entwurf der EU-Verfassung vorsieht, gibt es zahlreiche gute Gründe. Der entscheidende liegt in der aktuellen Vielzahl der Akteure – vier Kommissare und ein Generalsekretär als hoher Repräsentant des Rates (Mr. GASP) ringen derzeit um Einfluss. Aber eine Personalie alleine bringt noch keinen außenpolitischen Konsens im Vielklang der europäischen Diskussionen.

Uns allen muss eines klar sein: Gegen Amerika lässt sich Europa nicht einigen. Die transatlantische Partnerschaft und die europäische Einigung bedingen einander, gehören untrennbar zueinander.

Was das Verhältnis Europas zu den Vereinigten Staaten unterhalb der Spitzendiplomatie anbelangt, so haben wir eine feste Basis mit den vielfältigsten Beziehungen auf allen Ebenen. Das ist unstrittig, aber die transatlantische Diskussionskultur hat Auswirkungen auf die öffentliche Meinung – diesseits wie jenseits des großen Teichs. Schließlich brauchen auch demokratische Öffentlichkeiten politische Führung. Gerade die junge Generation steht den Meinungs- und Stimmungsschwankungen der politischen Elite mit Skepsis gegenüber. Und so besteht die Gefahr, dass eine über Jahrzehnte gewachsene stabile Partnerschaft infolge einer Vertrauenskrise Risse zeigt.

Es mag sein, dass die USA im Zusammenhang mit dem Krieg gegen den Terror mancher Fehleinschätzung unter-

legen ist. Fehler passieren und Politik ist nicht zuletzt die Folge eines Lernprozesses. Deshalb muss Europa auch die Stimme erheben und mit den Partnern reden. Aber konstruktive Partnerschaft diskutiert leise und nimmt so Einfluß auf den Meinungsbildungsprozess. Mit Sprachlosigkeit und Konfrontation, das sollte man in Berlin und Paris gelernt haben, lässt sich kein noch so hehres Ziel erreichen.

Es gibt zahlreiche Konfliktfelder in denen nordamerikanische und europäische Interessen im Widerspruch zu stehen scheinen. Ich erinnere an Klimaschutz, genetisch veränderte Organismen, Agrar- oder Stahlzölle, das Abhörsystem Echelon, den Internationalen Strafgerichtshof. Aber jede dieser Fragen kann unter verlässlichen Partnern einer für beide Seiten sinnvollen Lösung zugeführt werden.

Wie sehr die USA und Europa einander brauchen, zeigen einige exemplarische Zahlen: Die Öffentlichkeit diskutiert zunehmend eine verstärkte Orientierung nach Fernost. Vom Asiatischen Zeitalter ist sogar die Rede. Dabei wird leicht vergessen, dass die USA beispielsweise in den letzten 8 Jahren beinahe 10 Mal mehr in den Niederlanden investierten als in China oder die EU mehr in einen Staat wie Texas investiert, als umgekehrt die Vereinigten Staaten in Japan. In Zukunft sollten Europäer und Amerikaner realitätsbezogener diskutieren und Meinungsverschiedenheiten nicht medial inszenieren. Profilierung auf Kosten von bewährten Partnern kann unter keinem Aspekt eine nachhaltige Strategie sein.

Dr. Godelieve Quisshoutdt-Rowohl ist Mitglied der Delegation des Europäischen Parlaments für die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten.

kurz & bündig

AKTUELLES AUS DER EVP-ED-FRAKTION

■ Bilanz des jüngsten EU-Gipfels in Brüssel

Ausdrücklich begrüsst hat der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion, **Hans-Gert Pöttering** (CDU), die vom jüngsten Brüsseler EU-Gipfel diskutierte Stärkung der europäischen Verteidigungspolitik. Dies dürfe allerdings nicht ausserhalb der NATO, sondern nur in Ergänzung zu ihr in Form einer gleichberechtigten Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten geschehen, denn Ziel müsse es sei, den europäischen Pfeiler der NATO zu stärken, anstatt konkurrierende Strukturen aufzubauen.

Vor dem Hintergrund der laufenden Verhandlungen um den EU-Verfassungsentwurf durch die Regierungskonferenz wandte sich Pöttering gegen eine „Friss oder stirb“-Politik wie sie der Bundeskanzler propagiere. Zwar bestünde Einigkeit, dass das Reformpaket nicht wieder aufgeschnürt werden dürfe, einzelne Punkte müssten aber von der italienischen Ratspräsidentschaft möglichst bis Jahresende noch zwischen den Staats- und Regierungschefs abschliessend geklärt werden.

Ferner müsse die vom EU-Gipfel verabschiedete Wachstumsinitiative an konkreten Taten und Ergebnissen gemessen werden, so der Fraktionsvorsitzende weiter. Neben den notwendigen Wirtschaftsreformen sei jedoch die Verteidigung der Stabilität der europäischen Währung unerlässlich für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung in Europa.

Auf Abwegen befunden habe sich dagegen Bundeskanzler Schröder, der mit der Übertragung seines Stimmrechts an Frankreichs Staatspräsident Jacques Chirac beim Brüsseler Gipfel nicht nur die deutschen Interessen vernachlässigt habe, sondern durch sein Fernbleiben am zweiten Gipfeltag erneut seine Geringschätzung für europapolitische Themen eindrucksvoll unter Beweis stellte.

■ Glückwunsch an Papst Johannes Paul II.

Hans-Gert Pöttering hat in einem Glückwunschsreiben an Papst Johannes Paul II. zum 25. Jahrestag seiner Wahl diesem seinen höchsten Respekt im Namen der EVP-ED-Fraktion ausgedrückt. Johannes Paul II. habe sich unermüdlich für die Menschenrechte und für die Einigung Europas eingesetzt, wobei es seiner Weitsicht ebenso wie seinem Mut massgeblich zu verdanken sei, dass die Völker Ost- und Mitteleuropas nun an der Schwelle zur Europäischen Union stünden. Seine berühmten Worte „Habt keine Angst“, mit denen sich Johannes Paul II. 1979 bei seinem ersten Polen-Besuch an seine Landsleute gewandt hatte, seien einer der Auslöser für die Befreiung der Länder Mittel- und Osteuropas von der kommunistischen Gewaltherrschaft und damit für die Einigung Europas in Frieden und Freiheit gewesen, die jetzt mit der Erweiterung vollendet werde.

■ EU-Verfassung soll christliche Wurzeln enthalten

Die EVP-Abgeordneten **Elisabeth Montfort** (F) und **Maurizio Mauro** (I) haben eine Initiative gestartet für die Aufnahme des christlichen Erbes in die neue EU-Verfassung. Sowohl den Mitgliedern des Europäischen Parlaments als auch den Abgeordneten der nationalen Parlamente solle damit die Möglichkeit eröffnet werden, diesem Wunsch Nachdruck zu verleihen. Es handele sich dabei nach Ansicht der beiden Initiatoren um eine „historische Tatsache“, dass Europa auf christlichen Werten basiere, die man nicht einfach unter den Tisch fallen lasse dürfe. Folglich gehe es bei dieser wichtigen Frage nicht um politische oder ideologische Motive, sondern um historische Wahrhaftigkeit. Montfort und Mauro haben deshalb eine Unterschriftenaktion gestartet und ihre Kollegen aufgefordert, eine entsprechende Petition zu unterschreiben. Schon jetzt hätten sich mehr als 300.000 EU-Bürger schriftlich dieser Forderung angeschlossen. Ziel sei es aber, bis zum Ende der Regierungskonferenz eine Million Unterschriften zu sammeln und diese dem amtierenden Ratspräsidenten Silvio Berlusconi zu überreichen.

■ 7. Dialog mit der Orthodoxen Kirche in Istanbul

Auch im Rahmen dieser gemeinsamen Veranstaltung der EVP-ED-Fraktion und der Orthodoxen Kirche haben die Teilnehmer auf die besondere Bedeutung der Religion in einer modernen Gesellschaft hingewiesen. So habe nach Auffassung des Patriarchen von Konstantinopel, Bartholomäus I., schon seit Jahrhunderten im kollektiven Bewußtsein der europäischen Völker der Wunsch nach einem vereinten Europa bestanden. Nicht zuletzt aus diesem Grunde sei die Anerkennung der institutionellen Bedeutung der Religionen durch die zukünftige EU-Verfassung von großer Bedeutung.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende **Wim van Velzen** (NL) ergänzte, dass die Regierungskonferenz dieser Tatsache Rechnung tragen müsse, wenn sie ein solides Wertefundament für das Europa der Zukunft bei den Bürgerinnen und Bürgern legen wolle. Europa beruhe auf individuellen und kollektiven Grundwerten wie der Menschenwürde, gemeinsamen historischen und religiösen Erfahrungen, die das Recht zu glauben ebenso beinhalteten wie die Religionsfreiheit, denn die Bürger seien letzten Endes „die Seele Europas“.

*Knut Gölz, EVP-ED-Pressestelle,
kgoelz@europarl.eu.int*

Impressum

UNION IN EUROPA – Informationen der EVP-ED-Fraktion des Europäischen Parlaments. Für den Inhalt verantwortlich: Hartmut Nassauer MdEP, Markus Ferber MdEP. **Redaktion:** Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, W 60, 11011 Berlin, Telefon 030-227-75775, e-mail: stephan.mock@cducsu.de. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 0 22 26-8 02-0. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. **Herstellung:** VVA – Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.